



Susanne Feustel  
Jennifer Stange  
Tom Stroschneider (Hrsg.)

# Verfassungsfeinde?

Wie die Hüter von Denk-  
und Gewaltmonopolen mit  
dem »**Linksextremismus**« umgehen

Susanne Feustel / Jennifer Stange /  
Tom Strohschneider (Hrsg.)  
Verfassungsfeinde?

Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)

## **Verfassungsfeinde?**

Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen  
mit dem »Linksextremismus« umgehen

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlagfoto: luxuz:: / photocase.com  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck Hamburg  
ISBN 978-3-89965-539-1

# Inhalt

Vorwort .....	7
Jennifer Stange <b>Zur Karriere eines Begriffs</b> .....	10
Tom Strohschneider <b>»Äußerst wirksames Kampfinstrument«</b> .....	23
Die Linke, der Extremismus-Vorwurf und der Verfassungsschutz	
Elke Steven <b>Im Visier des Verfassungsschutzes: Bürgerrechtler und Journalisten</b> .....	35
Holger Oppenhäuser <b>Ordnungen, Berichte, Klauseln und Bescheide</b> .....	46
Zur Rolle der Exekutivorgane im Extremismus-Dispositiv	
Freerk Huiskens <b>Mobilisierung gegen Linksextremismus in deutschen Schulen: Eigentlich überflüssig?</b> .....	57
Jonas Engelmann <b>Andi Anti Alles</b> .....	71
Die »subversive Verunsicherung« der <i>Andi</i> -Comics	
Andrea Hübler <b>Extremisten unter sich?</b> .....	81
Die Rede von der »Konfrontationsgewalt« und ihre Folgen	
Kristin Pietrzyk <b>Aufstöbern und markieren – Ermittlungsverfahren nach §§ 129 und 129a StGB</b> .....	91
Susanne Feustel <b>Behördenwillkür auf Papier – Lagebilder und Datensammlungen zur linken Gefahr</b> .....	100

Stephan Kuhn	
<b>Militante Demonstrationen und der strafrechtliche Terrorismusbegriff der EU</b> .....	112
Doris Liebscher	
<b>FDGO – Zur Idealisierung des verfassungsrechtlichen Demokratiebegriffs in der Extremismusdebatte</b> .....	123
Robert Feustel	
<b>Zweierlei Maß oder die Rückkehr des Raums?</b> .....	134
»Linksextremistische« Thesen und ihre Resonanz	
Christian Schmidt	
<b>Unkonkret, aber wirksam</b> .....	143
Die Rede vom »Linksextremismus« und ihre gesellschaftspolitischen Folgen	
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	155

# Vorwort

## 1.

Warnungen vor kommunistischen, autonomen und anderen für die bestehende Ordnung angeblich gefährlichen Kräften sind ständiger Bestandteil der öffentlichen Diskurse in der Bundesrepublik. Wenn vom »Linksextremismus« die Rede ist, dominieren zunächst meist Bilder brennender Autos, Barrikaden, vermummter Demonstranten. Doch das mit der Chiffre Linksextremismus heraufbeschworene Bedrohungspotenzial beginnt nicht erst dort, wo das staatliche Gewaltmonopol unmittelbar herausgefordert wird. Bereits wenn Vereine gegen Rechts nach Meinung des Verfassungsschutzes zu weit links stehen, wenn jenseits des Feuilletons und außerhalb der Universitäten über alternative Gesellschaftsvorstellungen nachgedacht und geredet wird, die über den Kapitalismus hinausweisen, schon dann ist das für die Verteidiger des politischen Status quo oft »linksextremistisch«. Ein disqualifizierend gemeintes Verdikt, das nicht nur Sicherheitsbehörden und konservativen Parteien zur ultimativen Wunderwaffe gegen politisch Andersdenkende gerät.

Bei der Abwehr linker »Gesinnungstaten« spielte der Antikommunismus von Anfang an eine bedeutende Rolle. Zum Gründungsnarrativ der BRD gehörte es, dass der westdeutsche Staat sich als »wehrhafte Demokratie« verstand. In ihr sollte der »Gedanke der persönlichen Freiheit gegen totalitäre Staatsbestrebungen gesichert« werden, wie es der Staatsrechtler und »Baumeister der Bundesrepublik«, der CDU-Politiker Adolf Süsterhenn, einmal formulierte. Damit waren extremistische Kräfte von links und rechts gemeint, ein politikwissenschaftliches Fundament wurde mit der Totalitarismustheorie gefunden. Später, in den 1970er Jahren, hielt der von Verfassungsschützern und Akademikern gemeinsam entwickelte Extremismusbegriff Einzug in die Debatten, einschlägigen Publikationen und in die Öffentlichkeit. Mit dieser Erweiterung des Begriffsapparates von Behörden, Wissenschaft und Politik war es fortan möglich, Kommunisten, Anarchisten, Friedensbewegte, Hausbesetzer, Globalisierungsgegner, Flughafenerweiterungsgegner, Menschenrechtler, Antifaschisten und andere unter dem einen Begriff des »Linksextremismus« zu fassen und – meist ohne dezidierte Auseinandersetzung mit politischen Zielen und Aktionsformen – zur Gefahr für die Republik zu stilisieren.

Auftrieb erhielt die Rede vom (Links-)Extremismus jedoch erst in den 1990er Jahren. Zwar stilisierte sich der neue deutsche Staat als Gegenmo-

dell zu »den beiden deutschen Diktaturen«, zugleich aber wurden Rassismus und Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft verniedlicht, wurde das Entstehen einer gefestigten Neonaziszene geflissentlich übersehen. Links und Rechts wurden immer öfter in einen Topf geworfen und die Unterschiede im Wort von den »extremen Randgruppen« verwischt. Berndt Seite, damaliger CDU-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, brachte die beschränkte Perspektive kurz nach den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen 1992 auf den Punkt, als er bekannt gab, man kenne solche Gewalttäter »auch aus Brokdorf, aus der Hafestraße in Hamburg, von der Startbahn West in Frankfurt und von Wackersdorf«.

Rückte im Zuge des von Rot-Grün in den Jahren nach 1998 initiierten »Aufstandes der Anständigen« zeitweilig der so genannte Rechtsextremismus und seine Hintergründe etwas stärker in den öffentlichen Fokus, schlug die Stimmung mit der Wahl der schwarz-gelben Regierung 2009 wieder um. Der Kampf gegen den »Linksextremismus« wurde zum im Koalitionsvertrag festgehaltenen Regierungsziel, ein eigenes Förderprogramm wurde aufgesetzt, um die Bildungsarbeit dagegen zu stärken. Und stets waren Politiker der Regierungsparteien schnell und ohne Belege mit dem Hinweis auf die Gefahren von links zur Stelle, wenn, wie zum Beispiel in Berlin, Autos brannten.

## 2.

Der vorliegende Band stellt gesellschaftliche Facetten, Funktionen und Konsequenzen der Wahrnehmung des Phänomens Linksextremismus dar. Den Beiträgen geht die These voran, dass sich im Begriff »Linksextremismus« eine bestimmte ideologisch geprägte Form der politischen, wissenschaftlichen und exekutiven Auseinandersetzung mit oppositionellen Ideen, Organisationen und Praxen ausdrückt. Als »Extremisten« werden Jugendszenen, Antifagruppen und marxistische Periodika gleichermaßen zu »Feinden der gesellschaftlichen Ordnung« abgestempelt, mehr noch: Die Rede vom Linksextremismus vermag jede von einer als opportun definierten Haltung abweichende Denkweise zu delegitimieren, zu diffamieren und zu kriminalisieren.

Der Linksextremismuskurs in der Bundesrepublik lässt sich als ein Ensemble aus repressiver Kontrolle, wissenschaftlichen Aussagen, medialer Inszenierung und einer landläufigen, bisweilen verkümmerten Vorstellung von Politik beschreiben. Es existiert verbreitet das Bild einer harmonischen Mitte der Gesellschaft, die durch sektiererische, polarisierende und kompromisslose Extreme von den Rändern her bedroht wird. Doch das ist nicht nur eine Frage der politischen Debatten und Narrative, sondern auch eine



staatlicher Praxen: »Linksextremismus« ist ständiger Ankerpunkt operativen Vorgehens polizeilicher und geheimdienstlicher Behörden, er taucht in Prognosen, Lageberichten und Statistiken auf – und er wird so zu seiner eigenen Bestätigung.

Aber der Extremismuskurs erschöpft sich keineswegs in polizeilichem Handeln. Behörden bringen ihn in Stellung, wenn es darum geht, politischen Einfluss auf meinungsbildende Prozesse im Jugend- und Bildungsbereich zu erlangen. Auch im Alltag wird der Begriff genutzt, um angebliche »Freunde« und »Feinde« der Gesellschaft zu unterscheiden. Und auf dem parlamentarischen Parkett muss sich die Linkspartei immer wieder die Frage nach ihrer »Verfassungstreue« gefallen lassen. Als vereinfachende Schablone entpolitisiert der Linksextremismus-Begriff in den Medien die Auseinandersetzung mit Positionen, Kritik, Alternativen. Und er normalisiert eine repressive Praxis staatlicher Stellen, die im Namen der Verteidigung der Ordnung gern auch jene Grundrechte und Werte übergeht, die sie vorgibt zu verteidigen.

Darum soll es in diesem Band gehen: ein kritisches Licht auf die begrifflichen und behördlichen Instrumente der Extremismusbekämpfer zu werfen, die einen symbolischen und repressiven Kreuzzug im Namen der bestehenden Verhältnisse führen.

# Die Autorinnen und Autoren

*Jonas Engelmann* hat nach dem Studium der Literaturwissenschaft, Politikwissenschaft und Philosophie über Gesellschaftsbilder im Comic promoviert. Er ist Herausgeber der Zeitschrift »testcard – Beiträge zur Popgeschichte«, arbeitet als Lektor im Ventil Verlag und als freier Autor.

*Robert Feustel* hat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig zum Thema »Grenzgänge – Kulturen des Rauschs seit der Renaissance« promoviert (erscheint 2013). Er arbeitet auch zur politischen Theorie und Ideengeschichte, u.a. »Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen«, Bielefeld, 2010, herausgegeben zusammen mit Ulrich Bröckling.

*Susanne Feustel* ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Bildungsreferentin und Trainerin in der politischen Bildungsarbeit. Letzte Veröffentlichung: »Tendenziell tendenziös. Die staatliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität und die Produktion der ›Gefahr von links‹«, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011.

*Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Neonazismus, politische Einstellungen und Demokratietheorie. Seit 2009 arbeitet sie in der Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. Letzte Veröffentlichung: »Suche nach Gerechtigkeit. Der Prozess um den Mord an Marwa El-Sherbini«, in: Opferberatung des RAA Sachsen e.V. (Hrsg.), Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, Dresden 2011.

*Freerk Huiskens* ist Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Bildungssektors. Letzte Veröffentlichung: »Der demokratische Schoß ist fruchtbar ... – Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus«, Hamburg 2012. Er ist darüber hinaus Autor des Standardwerks »Erziehung im Kapitalismus«, Hamburg 1998.

*Stephan Kuhn* ist Rechtsanwalt in Frankfurt a.M., Mitglied des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV) und der Vereinigung hessischer Strafverteidiger e.V.

*Doris Liebscher* ist Juristin, Mitbegründerin und Vorständin des Antidiskriminierungsbüro Sachsen und Mitglied im Beirat des Kulturbüros Sachsen e.V. Sie ist Mitarbeiterin der Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien der HU Berlin sowie Mitglied des Law and Society Instituts der HU Berlin. Letzte Veröffentlichung (gemeinsam mit Tarek Naguib, Tino Plümecke und Juana Remus): »Wege aus der Essentialismusfalle: Überlegungen zu einem post-kategorialen Antidiskriminierungsrecht«, Kritische Justiz 2/2012.

*Holger Oppenhäuser* ist Mitarbeiter im Attac-Bundesbüro und promoviert in Politikwissenschaft zum Thema »Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten«. Letzte Veröffentlichung: Das Extremismus-Konzept und die Produktion politischer Normalität. In: Ordnung.Macht.Extremismus (siehe die Angaben bei A. Hübler).

*Kristin Pietrzyk* ist selbständige Rechtsanwältin in Jena. Neben der Verteidigung in Strafprozessen berät sie verschiedene politische Initiativen in versammlungsrechtlichen und polizeiordnungsrechtlichen Fragen. Sie ist Mitglied im Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV) und verschiedenen außerparlamentarischen Zusammenschlüssen, z.B. dem Unabhängigen Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Ereignisse am 19.2.2011 in Dresden.

*Christian Schmidt* arbeitet an einem Buch zum Handlungs- und Ereignischarakter grundlegender sozialer Transformationen. Letzte Veröffentlichung: »Die Politik des Kommunismus«, in: Gruppe INEX (Hrsg.): Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster 2012, S. 17-29.

*Jennifer Stange* arbeitet als freie Journalistin für Print und Hörfunk in Leipzig. Letzte Veröffentlichung: »Der organisierte Aufschub. Über den Konservatismus der institutionalisierten Linken«, in: Franziska Drohsel (Hrsg.): Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft, Frankfurt a.M. 2009.

*Elke Steven*, Dr. phil., ist Soziologin und Journalistin, arbeitet beim Komitee für Grundrechte und Demokratie und ist Mitherausgeberin des Grundrechte-Reports – Veröffentlichungen u.a. zu Demonstrationsrecht, Demonstrationsbeobachtungen, »Innerer Sicherheit«, Friedenspolitik und elektronischer Gesundheitskarte.

*Tom Strohschneider* ist Journalist, nach Stationen unter anderem bei »Der Freitag« und »Die Tageszeitung« arbeitet er in der Redaktionsleitung des »neuen deutschland«. Letzte Veröffentlichung (gemeinsam mit Wolfgang Hübner): »Lafontaines Linke – Ein Rettungsboot für den Sozialismus?«, Berlin 2007.